

Zur Sache:

Keine Kommunisten und Faschisten in den Staatsdienst

Die SPD behauptet: Auch wir sind gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst.

Aber warum will die SPD dann den Einstellungsbehörden – also etwa der Personalabteilung in einem Kultusministerium – verbieten, bei der Behörde, die dafür zuständig ist – dem Verfassungsschutz –, nachzufragen, ob dort etwas gegen den Bewerber vorliegt. Man kann einem Bewerber nun einmal nicht an der Nasenspitze ansehen, ob er ein Gegner unserer Verfassung ist.

Die Folge: Gegner unserer Verfassung schlüpfen leicht und unerkannt unter die Fittiche des Staates, den sie ablehnen und bekämpfen. Revoluzzer mit Gehalt und Pensionsanspruch. Nur stillhalten müssen sie.

Die Vorschläge der SPD sind verfassungsrechtlich höchst fragwürdig. Sie sind darüber hinaus auch gefährlich. Wenn Bewerber erst einmal ohne Überprüfung

eingestellt werden, muß ständig überwacht werden, ob sich die Staatsdiener verfassungskonform verhalten. Das wäre Gesinnungsschnüffelei!

Wir müssen unseren Staat vor Verfassungsfeinden schützen – ohne Gesinnungsschnüffelei. Die CDU hat wirksame Methoden vorgeschlagen. Man prüft die Bewerber, die in die engere Wahl für eine Beamtenstelle kommen.

Übrigens: Ursprünglich war auch Bundeskanzler Schmidt gegen die SPD-Linie. Auch heute haben manche Mitbürger noch diesen Eindruck. In Wirklichkeit ist der Bundeskanzler auf dem letzten Bundesparteitag der SPD still und leise – wie schon so oft – umgefallen!

Unsere Demokratie muß sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

CDU

**sicher
sozial
und frei**